

Landesparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei/ Bündnis für Familien 6./7. März 2010 in Lindau - Rede des Landesvorsitzenden Bernhard G. Suttner

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Parteitage sind nicht unbedingt vergnügungssteuerpflichtig. Parteitage sind Arbeit. Wichtige Arbeit zur Sicherung demokratischer Willensbildung - so wie das vom Parteiengesetz verlangt wird. Parteitage „dienen auch der Selbstvergewisserung einer Partei“ habe ich vor einer Woche einem Interviewer von „Mehr Demokratie e.V.“ erklärt. Mehr Demokratie macht derzeit aus gegebenem Anlass eine sehr verdienstvolle Kampagne für die Ächtung von Konzernspenden an Parteien. Der Ausgangspunkt ist die Veränderung der Parteitagskultur bei den sog. „großen Parteien“. Da ist ja einiges in den letzten Jahren geschehen und Neues wurde aus NRW und Sachsen berichtet. Der Herr von Mehr Demokratie stammt aus Nordrheinwestfalen und er hat mich gefragt, ob das Parteitagssponsoring und die Aktion „Miteinander-reden-für-Geld“ auch im fernen Bayern diskutiert werde. Die ÖDP – das hat man bei Mehr-Demokratie erkannt und wollte es würdigen – sei in dieser Frage ein guter Gesprächspartner...

Dass Parteitage großer Parteien kaum noch durch neue Ideen und interessante Debatten auffallen sondern zu Show-Veranstaltungen wurden – daran hat man sich leider gewöhnt. Dass sie nun auch noch zu halblegalen oder gar illegalen Veranstaltungen der Geldbewegung und Konzernpräsentation werden, das ist neu.

Aber es passt zu den Offenbarungen des letzten halben Jahres: Ein Herr, den wir heute als Vizekanzler und Außenminister erleben müssen, hat in den letzten Jahren als Parteivorsitzender und Spitzenparlamentarier gegen 5stellige Honorarsummen Vorträge bei Geld-Instituten gehalten, die in der Schweiz und in Liechtenstein als gute Adresse für Steuerhinterzieher aus Deutschland galten. Die Partei, der dieser Herr seit langem vorsitzt, hat Großspenden von eher unbekanntem Firmen erhalten, die sich als Töchter großer Hotelkonzerne herausstellten. Solche Firmen haben nicht nur die F-Partei bedacht; auch die bayerische CSU stand auf der Liste. Es hat sich bekanntlich für die Spender in Form eines Mehrwertsteuerprivilegs ausgezahlt. Fehlt jetzt nur noch, dass man sich an die Änderung des Grundgesetzes macht: Familien haben es nicht geschafft, die Mehrwertsteuer für Kinderartikel zu senken, obwohl ihre Förderung im Artikel 6 GG Verfassungsrang hätte... Konsequenterweise müsste jetzt ehrlicherweise Artikel 6 umgeschrieben werden. Mein Formulierungsvorschlag: „Familien sind dem Staat egal. Das Hotelgewerbe steht unter besonderem Schutz der staatlichen Gemeinschaft.“

In der Szene der Musikstudenten gibt es das Nomen „Mugge“ und das Verb „muggen“. Das heißt „Musik gegen Geld machen“. Das Verfahren hat nicht das höchste Ansehen, weil man z.B. bei einem Geburtstag oder einer Firmenfeier Sachen spielen muss, die einem nicht unbedingt als höchste Kunst gelten. Man spielt als Musikstudent beim „Muggen“ unter seinem Niveau... Bei „Pogge“ und beim „poggen“ dürfte es ähnlich aussehen: Vor allem Herr Schäuble hat deutlich zu erkennen gegeben, dass er als Bundesfinanzminister jene der Hotelwirtschaft gewidmete Milliarden-Symphonie für extrem dissonant hält und dass das ganze Stück taktlos heruntergespielt wurde. Aber er hat als erster Geiger dennoch mitgespielt und sich das Dirigat des Herrn W., der CSU und ihrer Auftraggeber gefallen lassen.

Die große Freiheit, welche die Partei des Herrn W. im Namen führt, hat diese Partei schon vor langer Zeit an ihre Sponsoren verkauft. Sie ist auf diesem Markt nicht alleine – ganz offensichtlich sind die anderen so genannt Großen kaum besser. Auf die in der NRW- und Sachsen-CDU ausgebrütete geniale Idee, politische Gesprächsmöglichkeiten und Kontakte gegen Geld zu liefern, muss man erst einmal kommen... obwohl genau dies (Kontakt gegen Geld) in anderen, sehr alten Gewerben seit langem üblich ist. Höchstes Ansehen genießt dieses Gewerbe allerdings nicht...

Ich bin froh, dass wir in der ÖDP nach wie vor keine Firmenspenden annehmen und dass unsere Parteitage frei sind von Werbeständen diverser Konzerne - obwohl es uns finanziell nicht sehr gut geht. Arm aber ehrlich! Wir müssen z.B. heute bei unseren schwierigen Beratungen zur Freiflächen-Fotovoltaik nicht auch noch Rücksicht nehmen auf Spender z.B. aus der Solarbranche. Das ist ein gewaltiger Vorteil. Ganz gleich wie wir uns entscheiden – wir werden uns selbst nach bestem Wissen und Gewissen und nach einem Debattenprozess entschieden haben – ohne Angst vor dem Entzug des Wohlwollens potentiell spendender Interessensträger. Deshalb wird der Beschluss für uns selbst und für die politisch Interessierten Bürgerinnen und Bürger eine andere, höhere Qualität haben, als Beschlüsse von Parteien, die Firmenspenden nehmen!

Parteienforscher sagen uns zwar, dass dieser Umstand für die Wähler eher nebensächlich ist. Man schimpft gerne über politische Korruption und die damit verwandten Phänomene, aber man hält das offensichtlich für unvermeidbar. Oft genug kommt es mir so vor, als ob manche Leute die politische Korruption sogar heimlich begrüßen, weil sie dann mit gutem Gewissen ihrer Privatheit frönen können und sich zum demokratisch-politischem Engagement nicht verpflichtet fühlen: „Mit so etwas beschäftigt sich ein anständiger Mensch nicht, für Politik bin ich mir zu schade!“

Die Abkehr von der demokratischen Teilhabe ist die Hauptgefahr der Spenderei und des Sponsorings. Wenn die Menschen den Eindruck gewinnen, auf ihre Mitwirkung, auf die Stimmabgabe, auf ihre Mitgliedschaft, auf ihren Debattenbeitrag käme es nicht an, weil andere Faktoren wichtiger sind, dann leidet unser Staatsgefüge schweren Schaden.

Bei unserem Parteitag vergewissern wir uns der Werte und der Grundphilosophie unserer Partei und aktualisieren unsere Positionen zu wichtigen Problemstellungen. Hier ist keine Sponsorenmesse und keine Gespräch-gegen-Geld-Aktion. Hier wird diskutiert und entschieden, hier findet innerparteiliche Demokratie statt!

Unsere Werte müssen immer wieder durch neue Projekte einerseits in konkrete und zeitnah zu verwirklichende andererseits aber auch in visionäre Politik-Konzepte übersetzt werden. Dazu werden wir morgen den Buchautor Lothar Mayer hören und sein Konzept einer CO2-gebundenen Wirtschaft diskutieren.

Wir werden auch thematische Konflikte zu lösen haben – das ist das demokratische Verfahren. Ich freue mich ehrlich gesagt sehr auf eine sachliche und deutliche Debatte zum Problem der Freiflächen-Fotovoltaik, weil hier in der gesamten Szene bei den engagierten Leuten sehr große Unsicherheit und Dissonanz herrschen.

Erfreulicherweise haben wir auch Grund, uns auf die Schulter zu klopfen – wir haben Erfolge erzielt zu denen andere nicht fähig waren. Dazu werden andere heute noch mehr zu sagen haben. Meine Aufgabe ist es, Ihnen allen sehr herzlich für den grandiosen Verlauf des Nichtraucher-Volksbegehrens zu danken. Direkte Demokratie fällt nicht vom Himmel; sie funktioniert nur dann, wenn sich viele einzelne anstrengen. Das Volk begehrt nur dann wirksam, wenn ihm die Sache gut organisiert vorgestellt wird. Das haben wir alle zusammen wieder einmal geschafft! Es gibt in Bayern niemanden, der zwei Volksbegehren erfolgreich zum Volksentscheid gebracht hat! Nur wir, die Ökologisch-Demokratische Partei in Bayern hat dies mit Unterstützung unseres Bundesverbandes geschultert. Wir können mit Fug und Recht sagen, dass wir die Partei der direkten Demokratie in

Bayern sind und wegen unseres Engagements für beide Seiten der Willensbildung – für die repräsentative und für die plebiszitäre – in besonderer Weise und weit mehr als andere den Geist der Bayerischen Verfassung verwirklichen. Ich freue mich auf den 4. Juli, nicht nur wegen der wichtigen Sache des Gesundheitsschutzes; ich freue mich, weil endlich wieder einmal der Souverän selbst direkt eine politische Frage entscheiden wird. Das ist ein Höhepunkt der Demokratie, der viel zu selten erlebt werden kann!

Dank gebührt unserer Bundespartei nicht nur für Unterstützung beim Volksbegehren sondern auch für die Klage gegen den Lissabon-Vertrag. Er ist zwar jetzt in Kraft – aber die Möglichkeiten des vom Volk gewählten Deutschen Bundestages zur eigenständigen Wirkungsmöglichkeit in Sachen Europa wurden erhalten. Nicht vom Bundestag selbst – der war eher lustlos. Nein, das höchste deutsche Gericht musste sprechen und die ÖDP hat ihm dazu die Gelegenheit gegeben: Ohne ausdrückliche Mitwirkung des Bundestags gibt es keine weiteren Souveränitätsveränderungen mehr!

Auf kleinerer Ebene, aber genau besehen doch immens wichtig war und ist der grandiose Erfolg unserer Freunde aus dem Landkreis Rottal-Inn: Dort wurde in einem Bürgerentscheid bei optimaler Beteiligung und mit überwältigender Mehrheit das Verhökern kommunaler Krankenhäuser an einen Medizinkonzern verhindert. Hier geht es nicht um Lokalpolitik sondern um ein Zeichen für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge. Es geht auch um den Widerstand gegen die vollständige Kommerzialisierung unseres Lebens. Gerade eben ist eine Studie veröffentlicht worden, die nachweist, dass vor allem in kommerziell ausgerichteten Krankenhäusern alleine aus Kostengründen alten Menschen Magensonden gelegt werden, obwohl sie bei intensiverer Zuwendung noch assistiert Nahrung aufnehmen könnten. Die ÖDP im Rottal hat ein überregional beachtetes Zeichen gegen diese gefährlichen Kommerzialisierungstrends gesetzt. Dafür danke ich Sepp Rettenbeck und allen seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern!

Einen Teilerfolg konnten wir als Partner einer breiten Bewegung gegen die genmanipulierte Landwirtschaft erreichen. Dass der Anbau von genverändertem Mais offensichtlich nicht mehr vermittelbar war, ist nicht von alleine gekommen. Der jahre- ja jahrzehntelange Aufklärungskampf war nicht umsonst. Leider gibt auf diesem Gebiet die Gegenseite niemals auf – es geht um zu viel Geld. Man rechnet mit dem Einschlafen des Widerstandes und macht nun einen neuen Anlauf mit anderer Taktik: Die Kartoffel mit dem sanften, an die Feen-Welt erinnernden Namen „Amflora“, ist bekanntlich nicht für den Verzehr gedacht sondern als Industrierohstoff, der aber aus Gründen des Haftungsausschlusses eine eingeschränkte Zulassung als Futter- und Nahrungsmittel erhalten hat. BASF hofft deshalb, hier keinen Widerstand auszulösen und eine genmanipulierte Pflanze in die Natur pressen zu können. Die F-Partei hat es geschafft, dieses Industrieprodukt mit dem freundlichen Namen sogar in den Koalitionsvertrag zu schreiben und deren Förderung durch die Bundesregierung als Staatsziel festzulegen. Am Aschermittwoch habe ich gesagt, dass es schon so manches Gemüse ins Kabinett geschafft hat, aber noch niemals eine Kartoffel mit ihrem Markennamen in den Koalitionsvertrag. Die F-Partei hat sich hier als Regierung gewordene Lobbyistengruppe erwiesen.

Nach der Zulassung durch die EU-Kommission kommt es jetzt mehr denn je auf die Landwirte an: Ich appelliere an die Landwirte in Bayern: Amflora hat auf den Äckern des Freistaates nichts zu suchen

Der Chemiekonzern BASF und maßgebliche Politiker verfügen offensichtlich über jene Grundtugend nicht, welche die bäuerliche Landwirtschaft über Jahrtausende ausgezeichnet hat: Vorausschauende Verantwortung! Ich hoffe, dass „Amflora“ an dieser bäuerlichen Tugend scheitern wird. Sie ist ein gravierender Eingriff in die Natur, der ohne Not rein aus Konzerninteressen vorgenommen wird. Die Erlaubnis zum Anbau durch die EU-Kommission ist ein trauriger Sieg des Lobbyismus über die Ethik und den Willen der Mehrheit des Volkes. Gleichzeitig wirft der Vorgang ein Schlaglicht auf die Entscheidungsbildung in der EU: Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten war und ist dagegen, aber die Mehrheit ist nicht groß genug! Deshalb hatte die Kommission freie Hand – ob dies alles sehr viel mit Demokratie zu tun hat, wage ich zu bezweifeln. Gerade wer prinzipiell die Europäische Union begrüßt, hat angesichts solcher Vorgänge Grund zur Verzweiflung.

Erfolgreich war letztlich auch der von uns unterstützte Einsatz kritischer Landwirte gegen die Impfpflicht bei der Blauzungenkrankheit. Die Forderung nach Freiwilligkeit ist mittlerweile erfüllt. Von nichts kam auch hier nichts.

In vielfältiger Weise stehen wir seit vielen Jahren nicht nur an der Seite der Landwirte sondern auch an der Seite von regionalen Initiativen, die sich in ihrer Heimat für die Bewahrung der Schöpfung und gegen unsinnige zerstörerische Großprojekte einsetzen. Erfolgreich war erst vor kurzem der Widerstand gegen die Abholz- und Betonprojekte zur weiteren, überflüssigen Erschließung des Nürnberger Flughafens. Unser Stadtrat Thomas Schrollinger repräsentiert hier den christlich motivierten Widerstand, während der sog. Umweltminister Söder in Nürnberg als Scharfmacher pro Waldvernichtung, pro Betonorgie, pro Fliegerei auftritt! Der anhaltende Widerstand hat jetzt endlich das Zusammenspiel von SPD und CSU in Nürnberg ins Wanken gebracht. Die SPD hat sich mit ihrem OB zu einem Kurswechsel in dieser Sache entschieden. Ohne den Widerstand der Waldfreunde wäre dies nicht erfolgt.

In München zeichnet sich diese Wende noch nicht ab, aber es gibt Hinweise auf einen Wandel. Ich habe mich wegen der Pläne des Finanzministers Fahrenschon, der Flughafen-GmbH Staats- und Kommunalkredite von fast ½ Milliarde Euro zu erlassen, an den EU-Wettbewerbskommissar gewandt, um eine unzulässige Beihilfe anzuzeigen. Das Antwortschreiben war etwas kryptisch aber durchaus so zu interpretieren, dass eine derartige Transaktion unter dem Wettbewerbsaspekt als zweifelhaft gilt und von der Kommission kritisch gesehen wird.

An der Donau und im Isental, aber auch an der B 8 stehen wir an der Seite derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die ihre Heimat verteidigen müssen, gegen eine uneinsichtige CSU/FDP-Staatsregierung.

Wir wollen bei diesem Parteitag aber auch die Probleme nicht verschweigen sondern ansprechen, die sich uns im Alltag der Parteiarbeit stellen. Dazu dienen morgen einige Arbeitskreise aber auch die Aussprache zu diesem Bericht und zum Finanzplan des Landesverbandes. Ich bedauere es sehr, dass wir die Absicht zur inneren Stärkung und Verbesserung unserer Strukturen in der wahlfreien Zeit nicht wie geplant umsetzen konnten, weil das Nichtraucherschutz-Volksbegehren und der anstehende Volksentscheid alle Kräfte gebunden haben und immer noch binden. Für die Arbeit, die wir tatsächlich auf der Landesebene leisten, bräuchten wir eigentlich doppelt so viele hauptamtliche Mitarbeiter und doppelt so viel Geld.

Der kommende Bundesparteitag wird sich schwerpunktmäßig mit der oben erwähnten Selbstvergewisserung beschäftigen. Was sind unsere gedanklichen und analytischen Grundlagen? Was ist unsere Grundphilosophie? Was bildet unseren unaufgebbaren programmatischen Kern und was unterliegt den Wandlungen der Zeit? Dazu möchte ich schon heute einige Gedanken äußern und bitte Sie alle, sich vor dem Eisenacher Parteitag gründlich Gedanken zu machen und Ihre Delegierten in diese Meinungsbildung einzubinden.

Mir begegnet immer öfter ein Fremdwort, das sich allmählich einbürgert um eine zwar schon lange übliche aber offenbar immer bedeutungsvollere Verhaltensweise zu beschreiben: „Procrastination“ sagt der Fachmann zum Verschieben von Entscheidungen und Aktionen auf morgen... Dass es sich um kein neues Phänomen handelt, beweist das bekannte Sprichwort, das vor dem Verschieben auf morgen warnt.

Die Ursache von Procrastination ist meistens die klare Erkenntnis, dass Handeln heute Ungemach verursacht. Wir ökologische Demokraten sind überzeugt, dass dieses Ungemach ausgehalten werden muss und die Procrastination in wesentlichen Bereiche alles nur noch schlimmer macht. Aus „heutigem Ungemach“ wird so eine „morgige Katastrophe“. ÖDP-Philosophie ist deshalb: Verschieben auf morgen ist nicht unsere Sache.

Procrastination – Katastrophe Nr. 1:

Deutschland erhöht wie fast alle Staaten in der EU regelmäßig die Schulden und verschiebt die Tilgung auf morgen. Nicht einmal die mögliche seriöse Bedienung der neuen Schulden von ca. 90 Milliarden Euro wurde ins Auge gefasst. Jetzt wäre die Zeit da, die Fliegerei zu besteuern – national das Kerosin, international wenigstens mit der Mehrwertsteuer! Damit könnten die neuen Kredite bedient werden. Nicht einmal zu so einer Selbstverständlichkeit ist die Bundestagsmehrheit fähig, weil sie dem Wachstumswahn verpflichtet ist und zum Beispiel eine Reduzierung der Fliegerei für schädlich hält. Das Tabu gilt nach wie vor: Ein „Weniger“ ist nicht denkbar; alles muss wachsen, sei es noch so schädlich!

Procrastination – Katastrophe Nr.2:

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kennen die Ursachen der Klimaveränderung, sie kennen auch die entsetzlichen Folgen und verschieben das Entscheiden und das problembezogene Handeln auf morgen. Kopenhagen wird vielleicht einmal als der symbolische Ort gelten, an dem die Procrastination mit fatalen Nachteil für alle nachfolgenden Generationen zum System der Weltpolitik erhoben wurde.

Procrastination – Katastrophe Nr. 3:

Eine ganz besonders üble Form des Verschiebens auf Morgen stellt die Atomfrage dar: Hier wird wahrlich alles verschoben. Der Ausstieg wurde ja genau besehen schon unter rot-grün systematisch verschoben. Strommengen durften verschoben werden, um das Abschalten besonders alter AKW nicht vollziehen zu müssen. Der Atommüll durfte mit dem rot-grünen Segen „zwischengelagert“ werden; die Suche nach einem wirklich geeigneten Endlager wurde und wird verschoben, nicht verschoben wird heute der Bau oder die Vertiefung einer angeblichen Strommangel- Schlucht, um den Bau und die Verlängerung einer angeblich nötigen Atomkraft-Brücke rechtfertigen zu können. Wer die erneuerbaren Energien behindert – und das geschieht hier in Bayern vor allem bei der Windkraft – der baut systematisch die Schlucht, über die dann angeblich eine Atombrücke gebraucht wird...

Procrastination – Katastrophe Nr. 4:

Peak-Oil ist nicht vorbei, nur weil momentan etwas weniger mit Öl spekuliert wird. Selbst die Internationale Energieagentur erwartet schon für die kommenden Jahre extreme Preisausschläge und echte Verknappungen auf den Ölmärkten. Die Versorgung vor allem armer Länder ist gefährdet – mit allen Folgen für die dort lebenden Menschen und für die Stabilität ganzer Weltregionen. Aber auch hier bei uns muss eine massive Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität erwartet werden. Nötig wäre eine gewaltige Anstrengung, so schnell wie nur möglich eine Effizienzrevolution auszulösen und die erneuerbaren Energien zur Basis unserer Energieversorgung zu machen. Die Wissenschaft arbeitet hervorragend. Ich kenne einen jungen Wissenschaftler eines Fraunhofer-Instituts, der mit seiner Dissertation Aufsehen erregt, weil ihm die Speicherung des Wind- und Solarkraftstroms gelingt, indem er aus Strom ganz normales Methangas macht. Das ist nur eines von vielen hoffnungsvollen Projekten. Wann endlich wird die große Politik das Problem nicht mehr verschieben sondern ins Zentrum der Entscheidungen rücken? Wann bekommen wir ein Steuer- und Abgabensystem, welches hier die nötige Dynamik auslöst? Die Konzept liegen vor – in unserem Programm, aber auch bei unabhängigen Instituten.

Procrastination – Katastrophe Nr. 5:

Wir wissen alle um den Skandal des Hungers, der Ausbeutung, der vermeidbaren Krankheiten und der mangelnden Möglichkeit, den Kindern Bildung zu verschaffen; all diese Probleme wären - verglichen mit den Kosten der Rettung des spekulativ ruinierten Finanzsystems – zum Schnäppchenpreis zu haben; trotzdem wurden die Milleniumsziele der UN verdrängt und ihre Verwirklichung auf morgen verschoben.

Procrastination – Katastrophe Nr. 6:

Ja selbst die vielfach besprochene Regelung der Finanzmärkte, ihre Umwandlung von Chaos zu Ordnung, vom Casino zum seriösen Dienstleistungsbereich, vom Irrsinn zur Rationalität wird verschoben und verschoben... der nächste Crash kündigt sich nach Überzeugung besorgter Fachleute schon an. Man erfindet bereits wieder die entsprechenden Giftmischungen.

Diese Haltung ist das Hauptübel unserer Zeit. Die Procrastination ist das Versagen der großen Parteien. Alles was wirklich wichtig ist, duldet keinen weiteren Aufschub.

Wir müssen die Schulden in fiskalischer wie ökologischer Hinsicht endlich abtragen und das Anhäufen weiterer Schulden stoppen. Richtig wäre ein entschieden gewaltfreier Aufstand der Jugend, unterstützt von einem hoffentlich vorhandenen einsichtigen Teil der älteren Generation: Schluss mit der Politik des Selbstbetruges, der Verdrängung und der Procrastination!

Klimaschutz jetzt!

Atomausstieg jetzt!

Peak-Oil-Reaktion jetzt!

Schuldenabbau jetzt!

Global-Marshall-Plan für eine weltweite ökologisch-soziale Marktwirtschaft jetzt!

Wer systematisch verdrängt, macht alles nur noch schlimmer. Lösungen basieren auf Fakten und dem Mut zur Wahrheit, auch wenn sie schmerzlich ist.

Wir sollten bei der Pflege unseres Profils niemals die entschieden ökologische Ausrichtung unserer Partei zurückstellen. Wir tolerieren keine Verschieberei mehr. Die Zeitfenster zum Umsteigen schließen sich. Da die Technik weitgehend zur Verfügung steht, geht es „nur“ noch um den Willen zur Umstellung und um die richtige politische Rahmensetzung.

Als zweite Grundsäule unseres Profils bietet sich eine entschiedene Betonung familienpolitischer Aspekte in der Sozial- und Bildungspolitik an. Hier müssen wir aber mehr Vielfalt zeigen und nicht nur das wichtige und richtige Konzept einer sozialversicherungspflichtigen Entlohnung der Familienarbeit in Erziehung und Pflege verbreiten. Familienfreundlichkeit ist mehr:

Wir sollten uns für 2013 vornehmen, ab sofort überall und bei jeder sich bietenden Gelegenheit über die Notwendigkeit einer „zweiten Kraft“ in jeder Grundschulklasse zu reden. Das muss unser schulpolitisches Zentralthema werden. Sie bekommen begeisterte Zustimmungen von den Eltern, von den Schulleitungen, von den Lehrer- und Elternverbänden, wenn sie diese Forderung erklären. Die zweite Kraft ist das Erfolgsgeheimnis vieler freier privater Schulen. Nicht nur skandinavische Länder sondern auch das uns näher liegende Südtirol praktiziert die individuelle Förderung der Kinder in der Grundschule mit Hilfe einer zweiten Kraft. Die Familien erfahren dadurch eine ganz wesentliche psychische Entlastung, weil die um sich greifende Schulpanik abnimmt.

Wir sollten auch das Dogma des Vereinbarkeits-Zwanges angreifen: Die Möglichkeit, sich ganz der familiären Erziehung von Kindern und der familiären Pflege von behinderten oder alten Menschen widmen zu können, muss gesellschaftlich positiv bewertet und finanziell abgesichert werden. Wenn die neue Familienministerin jetzt Ideen zur familiären Teilzeitpflege unter die Leute bringt, dann potenziert sie damit das problematische Vereinbarkeitsdogma: Künftig muss die außerhäusliche Erwerbsarbeit nicht nur mit der Kinderbetreuung sondern auch noch mit der Altenpflege vereinbar sein. Vorrang hat für die Mainstream-Politik in jedem Fall die außerhäusliche Erwerbsarbeit, die Familienarbeit hat sich zeitlich unterzuordnen und keinen eigenen Anspruch auf Anerkennung.

Deshalb unterstützen wir die gegen das Elterngeld klagenden Familien und hoffen, dass auch hier das Verfassungsgericht auf der Seite der Familien sein wird.

Und wir sollten den Mut haben, die Krippen-Euphorie anzugreifen. Wir haben gute Gründe dafür: Jesper Juul, wirklich einer der bedeutenden in der zeitgenössischen Pädagogik, sagt in einem Interview mit dem Magazin der ZEIT :

ZEITmagazin: ...Der Ehrgeiz der Politik richtet sich ja gerade darauf, Müttern ein Berufsleben zu ermöglichen – was bedeutet, dass mehr Kinder fremdbetreut werden. Was ist daran so schlimm, ein Kind in die Krippe zu geben?

Juul: Dänische Forschungen haben ergeben, dass es bis zum Alter von zwei Jahren tatsächlich bei 15 bis 20 Prozent der Kinder schädlich für das Gehirn ist – der Stress der Trennungsangst greift es an. Ich würde das, wenn ich Vater eines kleinen Kindes wäre, nicht riskieren, es sei denn, ich wüsste sicher, dass mein Kind keine Probleme mit Beziehungen zu Erwachsenen und anderen Kindern hat, dass es sich wohlfühlt und fest auf seinen Beinen steht. Mit meinem Enkel, der ein sehr selbstbewusster Junge ist, haben wir das gemacht. Er war im Alter von eins bis drei bei einer Tagesmutter, und es ist sehr gut gegangen. Aber ich frage mich, woher es kommt, dass sich die skandinavischen Schulen Anfang, Mitte der neunziger Jahre plötzlich darüber beklagten, dass die Kinder keine soziale Kompetenz mehr hätten, sie könnten nicht ruhig sitzen, sich nicht konzentrieren. Was war passiert? Zehn Jahre zuvor hatte man begonnen, Kinder zunehmend in pädagogische Zwangsveranstaltungen zu stecken. Erzieher und Pädagogen argumentieren, solche Einrichtungen seien gut fürs soziale Lernen. Aber dafür gibt es kaum Beweise.“

Man stelle sich vor: Ein dänisches Institut entdeckt, dass ein bestimmter, für Kinder produzierter Gegenstand oder ein Nahrungsmittel bei Gebrauch das Gehirn von 15 bis 20% der Kinder schädigt, während bis zu 85% die Sache ganz gut vertragen. Hätte dieses Produkt noch eine Chance auf dem Markt? Ich glaube kaum. Die Firma, die ein solches Produkt anbietet, wäre sofort pleite. In der Frage Kinderbetreuung hingegen scheint so eine Information nicht besonders ernst genommen zu werden. Es ist zum Verzweifeln.

Ich meine, dass wir hier auf ein extrem wichtiges Alleinstellungsmerkmal verzichten, wenn wir aus irgendwelchen Gründen unsere Position verschweigen oder nur leise bzw. etwas verschämt vortragen. Auf jeden Fall aber müssen wir diejenigen sein, die nicht über die Menge der Krippenplätze diskutieren, sondern über die Qualität der Krippen: Es geht um Familienergänzung und in Notfällen um Familienersatz; deshalb müssen die Strukturen familienähnlich werden! Ein Betreuungsschlüssel bei den unter 3jährigen von 1: 6 oder noch höher ist nicht zu tolerieren. Auch die Krippenfans von der Bertelsmann-Stiftung fordern mittlerweile 1:3 ! Das kann sich kaum ein Träger momentan leisten. Vielmehr macht der Kämmerer die Qualitätsstandards und die große Menge der Großstadt-Journalistinnen kümmert sich nicht drum. Nebenbei: Die Gruppe der Journalistinnen weist eine der geringsten Geburtenquoten auf. Mit unseren familienpolitischen Vorstellungen landen wir dort deshalb oft im Abseits. Sollen wir uns deshalb verbiegen? Werden die Erkenntnisse der Kinderpsychologie dadurch weniger wichtig?

Ich plädiere auch dafür, einen entschiedenen Kampf gegen die Lohndrückerei und die Verunsicherung in der Arbeitswelt unter dem Aspekt der Familiengerechtigkeit zu führen: Ausufernde Zeitarbeit, Billiglöhne, extreme Mobilitätsanforderungen – das sind auch Angriffe auf die Stabilität von Ehen und Familien. Ich warte immer noch auf Antwort aus dem Haderthauer-Ministerium, an das ich mich mit einer Anfrage zur systematischen Leiharbeit nach Schlecker-Art im öffentlich-rechtlichen und sozialen Sektor gewandt habe. Was Schlecker gemacht hat und worüber sich fast alle erregt haben, ist auf kommunaler Ebene schon lange üblich und wird sogar von manchen kirchlichen und sozialcaritativen Trägern von Heimen und Krankenhäusern praktiziert: Man gründet seine eigene Leiharbeitsfirma und leiht dann zu Billig-Tarifen an sein Krankenhäuser und Heime aus... Das ist das Schlecker-System und wird von maßgeblichen Arbeitsrechtlern für illegal gehalten, während andere dazu schweigen oder sogar zustimmen. Ich wünsche mir seitens unserer Kommunalpolitiker entschiedenen Widerstand gegen diese ebenso unsoziale wie familienfeindliche Lohndrückerei.

Und drittens endlich wird unsere Philosophie geprägt von einer engagierten Haltung zur Demokratie: Repräsentation, direkte Demokratie und Bekämpfung der Auswüchse des Lobbyismus per Spendenwesen, Sponsoring und Verlagerung der politischen Arbeit weg von den gewählten und beamteten hin zu den zahlenden und Eigeninteressen verfolgenden Kräften – das ist unsere engagierte Haltung.

Ökologisch, demokratisch und in der Sozialpolitik entschieden an der Seite der Familien – das sollte unsere Ausrichtung sein. Diese Kombination gibt es nur bei uns.